

„Die Stimme“ Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Abrechnung des Monats 10 Pf. ...
Verlag: Gewerkschaft der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.O. 15, Gieselerstraße 222

Alle Zuschriften an die „Stimme“ an G. Borchert, Ullm a. D., Postfach 47, Telefon 1442
...
Postfachkonto 20 821 beim Postamt Berlin N.W. 7, Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-gespaltene Zeitzeile
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsverzeichnisse 10 Pfennig

Tagung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes.

Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes fand in den Tagen vom 28.-29. Mai in Köln am Rhein statt. Die „Holzindustrie“, das Organ des Arbeitgeberverbandes berichtet darüber, daß die Beteiligung an der Tagung außerordentlich stark war und daß alle Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Den Geschäftsbericht erstattete Herr von Zastrow. Derselben ist zu entnehmen: Die Arbeitgeberorganisation im deutschen Holzgewerbe blüht auf ein etwa 25 jähriges Bestehen zurück. Als Gründungsjahr wurde das Jahr 1902 festgestellt. Die Bestrebungen, aus dem Bund deutscher Tischlerinnungen heraus einen Schutzverband zu gründen, reichen einige Jahre weiter zurück. Bereits im Jahre 1899 wurde der Gedanke der Gründung eines Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe auf dem deutschen Tischlertag zu Lübeck ernstlich erwogen, jedoch kamen die Vorarbeiten damals nicht voran, so daß sowohl auf dem 17. deutschen Tischlertag 1900 abermals die Beschlüßfassung über die Gründung und die Satzung auf der Tagesordnung stand. Der gefaßte Beschluß als Termin des Inkrafttretens des neuen Verbandes den 1. Oktober 1900 festzusetzen, blieb jedoch ohne große Wirkung nach außen, dem 1901 auf der Tagung in Görlitz mußte festgestellt werden, daß die Resultate bezüglich des Zusammenschlusses sehr gering waren. Die Beteiligung am Schutzverband ließ außerordentlich zu wünschen übrig. Seit 1902 ist der Arbeitgeberschutzverband geschäftsfähig geworden.

Aus der neuzeitlichen Entwicklung ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand des Arbeitgeberverbandes sich seit Beginn des Jahres 1925 günstig entwickelt hat. Der Arbeitgeberschutzverband zählt 25 Mitgliederverbände, die Zahl der diesen Mitgliederverbänden angeschlossenen Bezirks- und Ortsgruppen beträgt 497, die Gesamtzahl der angeschlossenen Mitglieder ca. 4500. Von diesen wurden 1925 ca. 90 000 Arbeiter beschäftigt.

Zum 1. Vorsitzenden wurde auf der Tagung wieder Herr Hagenah-Weipzig gewählt. Der geschäftsführende Vorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Hagenah-Weipzig, Wolfram-Hamburg, Michel-München, Reil-Agnietendorf und von Zastrow-Berlin. Die Zusammensetzung des Gesamtvorstandes, des Ausschusses, sowie der Spezialkommission ist im wesentlichen dieselbe geblieben wie im Vorjahre.

Von besonderem Interesse für uns sind die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung über die Zusammensetzung des zentralen Lohnamts und die zukünftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverträge im Holzgewerbe. Hierüber hat Herr Wolfram berichtet betreffs des Lohnamts ist folgender Beschluß gefaßt worden:

„Das zentrale Lohnamt besteht aus 5 Mitgliedern. Drei der Herren bestimmt der geschäftsführende Vorstand von Fall zu Fall aus seiner Mitte. Darunter soll sich der Hauptgeschäftsführer befinden. Der Ausschuß wählt 4 andere Herren als weitere Beisitzer; von diesen wirken je zwei im Lohnamt mit. Das Lohnamt wird entsprechend der besonderen zur Behandlung stehenden Lohn- und Tariffragen vom geschäftsführenden Vorstand vorgenannter Herren zusammengesetzt.“

Der Punkt Lohn- und Arbeitsverträge hat ohne Zweifel bei der Tagung einen breiten Raum eingenommen. Die Ablehnung des Leipziger Schiedsspruches seitens der Arbeitgeber hat auch in diesem Lager keine rechte Befriedigung verursacht. Die in vielen Orten vorgekommenen Blänkeltaten haben das Vertrauen zum Lohnpolitik des Arbeitgeberverbandes nicht gesteigert. Die im vergangenen Jahre mit so viel Kraftworten vorgenommene Aussperrung endete mit einer gewaltigen Niederlage der Unternehmer. Der Bericht schweigt sich aus ganz verständlichen Gründen über diesen

Punkt der Tagesordnung aus, es heißt dort nur: „Wegen der Vertraulichkeit der hier behandelten Fragen sehen wir von einem ausführlichen Bericht an dieser Stelle ab.“

Betreffs der weiteren Behandlung der Lohn- und Tariffrage heißt es: „Bezüglich der weiteren Behandlung der Lohnfrage wurden dem geschäftsführenden Vorstand die erforderlichen Vollmachten erteilt.“

Die Behandlung noch weiterer Fragen auf der Tagung haben für uns weniger Interesse.

Die zeitigen hohen Löhne sind für die deutsche Industrie untragbar, aber Geld zur Ausbeutung des Volkes ist da!

Ueber die dauernde Wirtschaftskrise ist schon so viel geschrieben worden, daß sich jedes weitere Wort erübrigt. Fest steht, daß die Arbeitslosigkeit eher steigt als fällt und daß nach wie vor hunderttausende von Familienvätern nicht in der Lage sind, die notdürftigsten Bedürfnisse ihrer Familien zu befriedigen. Für die Kollegen, welche noch in Lohn und Brot stehen, wird die Lage auch von Tag zu Tag unerträglicher, indem die Arbeitgeber überall dazu übergehen, Abzüge an dem großen Lohn vorzunehmen und dies stets mit der Begründung, daß die Löhne für die Industrie einfach nicht tragbar sind. Um einen Lohnabbau erfolgreicher vornehmen zu können, wirft man tausende von Familienvätern auf das Straßengpflaster, kündigt, wie z. B. in Bayern, 25 000 Angestellte und dergl. Hört man die Redewendungen in Verhandlungskreisen, dann möchte man annehmen, daß die Not bei den Arbeitgebern auf das Höchste gestiegen ist. Wir wollen auch ruhig anerkennen, daß manch Arbeitgeber heute schwer um seine Existenz zu kämpfen hat. Um so weniger verständlich ist das Verhalten dieser Volksschichten zu den öffentlichen Tagesfragen.

Zu allen politischen Wahlen gehen von diesen Kreisen tausende von Goldmark an die rechtsgerichteten Parteien, um die politische Freiheit zu unterdrücken. Tausende von Mark werden zum Schutze der Fememörder hingegeben. Unsummen verschwendet man an die Gelben, um sich arbeitswillige Sklaven zu erhalten. Geradezu unverständlich ist das Verhalten der Industriellen zum Volksentscheid. Am 20. Juni soll das Volk entscheiden, ob man den Fürsten, welche dem deutschen Volke schon so viel gekostet haben, noch weitere Milliarden nachwerfen soll. Diese Frage ist ohne Zweifel für weite Kreise eine Gewissensfrage. Für uns ist sie insofern gelöst, daß wir genau wissen, daß man uns unsere sauer ersparten Groschen geraubt, daß man die mühsam ersparten Gelder des Gewerkschaftsvereins und deren Kranken- und Sterbekasse vollständig entwertet hat, so daß es nicht möglich ist, die Not so zu lindern, wie es in normalen Zeiten der Fall gewesen wäre. Wir können daher nicht einsehen, weshalb die Fürsten, welche noch nie Not gekannt haben, anders behandelt werden sollen. Auf alle unsere Eingaben auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung erhielten wir stets die Antwort, es ist kein Geld vorhanden. Die Unternehmer können die Löhne und die sozialen Lasten nicht mehr tragen, aber in der Fürstenabfindungsfrage scheint Geld in Hülle und Fülle dazuliegen. Zu dieser Auffassung muß man gelangen, wenn man die Haltung der Führer unserer Industrie betrachtet.

Ernst von Borfig, der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat laut „Vorwärts“ vom 10. Juni Abendausgabe an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben verfaßt:

Ernst von Borfig. Berlin-Tegele, den 5. Juni 1926.
Am Sonntag, den 20. Juni 1926, findet eine Abstimmung im Wege des Volksentscheids statt. Gegenstand des Volksentscheids ist der Entwurf eines Gesetzes über die Enteignung der

Fürstenvermögen". Der Gesetzentwurf ist von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei eingebracht worden. Der offizielle Titel des Gegenstandes dieses Volksentscheids trifft nicht den Kern der Sache. Es geht in Wirklichkeit nicht um die

besonderen Interessen der Fürstendörfer

Sondern es wird ein Angriff versucht, der sich gegen das Privateigentum überhaupt richtet und damit gegen die Grundlagen der Wirtschaft und des Rechtsstaates. Es ist der erste Schritt auf einem Wege, dessen Gefährlichkeit schon daraus erhebt, daß von einer anderen Seite als zweiter Schritt auf diesem Wege die Enteignung der Bank- und Börsenfürsten beantragt ist. Dem gesamten deutschen Volke droht Gefahr, da ein entschuldigungsloser Eingriff in das Privateigentum eine Erschütterung der Grundlagen des Staates bedeutet; besonders stark bedroht ist unsere deutsche Wirtschaft, die verfallen muß, wenn das Privateigentum nicht gesichert ist. Deswegen ist der Kampf gegen den zum Volksentscheid stehenden Gesetzentwurf gänzlich unabhängig von der politischen Einstellung des einzelnen und der Frage der Unterhaltung der Fürstenvermögen sowie der Höhe der Entschädigung. Für eine diese Fragen klärende Gesetzgebung ist vielmehr der Boden erst bereitet, wenn der nicht auf der Grundlage der heutigen Staatsordnung stehende Gesetzentwurf im

Volksentscheid zu Fall gebracht

ist. Es ist daher Pflicht jedes Deutschen, dem an der Erhaltung des Rechtsstaates gelegen ist, den ersten Schritt zur Beseitigung des Privateigentums mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Um die nötige Aufklärung zu schaffen, sind erhebliche Geldmittel erforderlich. Eine große Anzahl von Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, die den verschiedensten politischen Parteien angehören, hat mich daher im Interesse einer einheitlichen Verwendung dieser Mittel gebeten, mich mit der Bitte an Sie zu wenden, auch Ihrerseits zu diesem Zwecke beizutragen. Vorge schlagen ist, die

Beiträge nach der Kopfzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zu bemessen und pro Kopf mindestens 20 Pfg. abzuführen. Zahlungen werden auf das Konto

„Interessentwahrung Sonderkonto“

bei der Deutschen Bank, Zentrale, Berlin W. 8, Behrenstr. 9/13, erbeten. Die eingehenden Beträge werden von mir einem unter Leitung des Reichsjustizministers a. D. Dr. Heintze stehenden Reichsausschuß überwiesen. Spender, die eine Zumeisung des von ihnen überwiesenen Betrages an eine bestimmte politische Partei oder dessen ausschließliche Verwendung für Aufklärung in Berlin wünschen, bitte ich das besonders zu vermerken. Ferner wäre ich dankbar, wenn Sie mir von etwaigen unmittelbaren Spenden an politische Parteien zur Aufklärung über den Volksentscheid Mitteilung machen wollten.

Mit Rücksicht auf den nahen Termin des Volksentscheids und die in der Zwischenzeit zu leistende große Arbeit ist schleunigste Bereitstellung der Mittel erforderlich.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. E. v. Borjig

20 Pfg. pro Kopf der beschäftigten Arbeitnehmer ist eine Summe die, wenn sie aufgebracht wird, nach Tausenden zählt. Die Aktien sind noch nicht über den Vorgang geschlossen, wo diese Unternehmergruppe den Tarif für die Berliner Metallindustrie kündigte, um einen größeren Lohnabbau vornehmen zu können, auch hier mit der Begründung, die Industrie kann die Löhne einfach nicht ertragen. In dem Rundschreiben werden von denselben Kreisen solche Opfer verlangt, die man nur an einen Leistungsfähigen stellen kann.

Dieser Vorgang ist außerordentlich beachtenswert. Wenn es gilt den Massen des Volkes einigermaßen die Kaufkraft zu erhalten, dann ist kein Geld da, wenn es gilt das schon so schwer geprüfte deutsche Volk noch um weitere Milliarden zu erleichtern, um sie zu befreien, die heute bereits eine Pension von monatlich 50 000 Mk. von Steuern beziehen, zu geben, dann werden alle Kräfte der Unternehmung eingespannt, um dies Ziel zu erreichen.

Hier uns ist dies eine ernste Mahnung am 20. Juni doppelt auf dem Herzen zu sein. Es gilt aber auch weiter unsere Kräfte zu verdoppeln, nur wenn sich die deutsche Arbeiterchaft in Gewerkschaften eng zusammenschließt, wird es möglich sein, dem Unternehmertum den notwendigen Widerstand entgegen zu setzen. Serner ist jeder aus diesen Vorgängen und tut seine Pflicht.

Zum Volksentscheid über die Fürstenabfindung.

Am 20. Juni sollen die deutschen Wähler und Wählerinnen durch Ausübung des Wahlrechts darüber entscheiden, ob die deutschen Fürsten enteignet werden sollen. In dieser überaus wichtigen Frage kann es keine Stimmenthaltung geben!

Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht!

Wem die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen sind, der hat kein Wahlrecht; was aber andererseits das Wahlrecht besitzt und dieses nicht ausübt, begeht sich selbst ein Verbrechen.

Was sollen wir tun?

Der Gewerksverein ist eine parteipolitisch unabhängige Organisation, folglich hat auch die Hauptleitung keine Wahlparole auszugeben denn es handelt sich hier um eine politische Aktion. Wir zweifeln aber keinen Augenblick daran, daß unsere Mitglieder als Staatsbürger zu wählen werden, wie es ungeliebt, der deutschen Nation die politische Macht zu überlassen ist.

Wahlrecht des Mitgliedes am 20. Juni 1926
Lebende Pflicht

Freiherr von Berlepsch

Im Anton Gesele

Freiherr von Berlepsch ist gestorben. Das ist für manchen von uns ein Klang aus alter vergangener Zeit. Zwar ist Berlepsch auch der jüngeren Generation noch gut bekannt. Aber sie kennt ihn mehr als den Vorsitzenden der Gesellschaft für soziale Reform, da er in dieser Eigenschaft noch vor wenigen Jahren amtiert hat. Als Vorsitzender dieser Gesellschaft hat er am längsten gewirkt. Aber seine eigentliche geschichtliche Bedeutung ist älter. Und die jüngeren Politiker und Sozialpolitiker kennen diese Zeit, die etwa von 1890 bis 1896 nicht mehr vom eigenen bewußten Erleben, sondern nur vom Hören und Sehen. Nach dem der Weltkrieg und die Revolution durch die wilhelminische Zeit einen tiefen schwarzen Strich gezogen, schienen uns die Jahre von 1898 bis etwa 1898 schon so weltfremd zu liegen, daß ich wenigstens mich oft darauf besinnen muß, daß und wie ich diese Zeit miterlebt habe. Die Jahre von 1914 bis heute zählen eben nicht nur doppelt, sondern sechsfach. Verglichen mit dem Schemmentempo der politischen und sozialen Entwicklung vor 1914 haben wir seitdem eben fünfmal erlebt und ertragen, daß uns alles fröhliche fern zu liegen scheint wie ein anderes Zeitalter.

In diesem Sinne ist der also eben gestorbene Freiherr von Berlepsch mit seinen 83 Lebensjahren ein Mann aus einer vergangenen Zeit. Ihn traf das schwere Schicksal länger zu leben als seine Zeit. Aber da er immerhin jung und frei genug war, wird er auch die späteren Jahre seines Lebens getragen haben in dem Bewußtsein, noch eine große Aufgabe zu haben und noch seinem Volke zu nützen. Und das hat er gewiß getan. Er war die stärkste sozialpolitische Säule, in einer Zeit, als vom 1896 ab Sozialpolitik nicht hoch im Kurse stand.

Der Hohenzollernthron ist seit 1918 ins Nichts gesunken. Berlepsch gehörte zu den Leuten, die mit aller Kraft versucht haben, diesen Thron zu retten als es noch Zeit war. Ob Berlepsch schon 1890 etwas von dem Schicksal der Hohenzollern geahnt hat, weiß ich nicht. Vielleicht ja, vielleicht hat er auch geglaubt, die preussisch-deutsche Monarchie stehe fest und sicher auf Felsen. Aber in großen geschichtlichen Fragen kommt es gar nicht darauf an, was der einzelne will, sondern was er tut. Und oft wirkt das, was er tut, ganz anders, viel tiefer und weiter als was er will. Berlepschs sozialpolitisches Wollen war der erste und auch eigentlich letzte große Versuch, die Monarchie auszuheilen mit den von unten aufstrebenden und heranrollenden Volksschichten. Wäre dieser Versuch auf dem Gebiete der Sozialpolitik gelungen, so hätte die spätere politische Fortsetzung dieses Versuchs, Raumanns Idee von Demokratie und Kaiserthum vielleicht auch einen Erfolg gehabt. Der sozialpolitische Gedanke Berlepschs wurde wenigstens versucht, praktisch erprobt. Der politische Versuch Raumanns blieb theoretisch. Die preussisch-deutsche Monarchie sah nicht die Bedeutung der geschichtlichen Stunde und verfiel.

Aus den sozialpolitischen Gedanken Berlepschs und seiner Zeit ist immerhin manches lebendig geworden und geblieben. Er hat der Zeit eine Weisung gegeben, einen Impuls, einen Schwung. Er gab seiner Zeit — mit anderen zusammen — eine Idee, einen irdischen Glauben. Wir können uns heute nicht mehr vorstellen, weshalb die kaiserlichen Erlasse von 1890 damals so wirkend gewirkt haben.

Die Gewerkschaftsbewegung gedenkt Berlepsch mit Dankbarkeit und Freude. Er war einer der Ersten und Besten aus dem preussischen Beamtentum, der die Bedeutung der freien Organisation erkannt hatte. Ursprünglich selbst lieber mehr angelehnt an die altväterlich-hierarchische Sozialpolitik Bismarcks, sah er die übertragende Bedeutung der Gewerkschaft, die erwachende Demokratie, und er schaute sich aus mit ihr.

Ein 200-Millionen-Kredit für den Wohnungsbau.

Trotz der **Wohnungsnot** im Reich, die durch den Mangel an Baugelände, den die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, und durch die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, ist die **Wohnungsnot** nicht nur für die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, sondern auch für die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Die Reichsregierung hat sich daher bemüht, durch ein Gesetz über die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Das Gesetz über die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der Kredit wird vom Reich an die Länder auf **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Die Länder gehen, um unter denselben Bedingungen weiter, wie sie im vom Reich erhalten haben, und zwar sollen sie ihn in der Regel als **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der ursprüngliche Zinssatz gilt für den Bauherrn aber nur für die Dauer von sieben Monaten nach Beginn der Kreditzahlung. Nimmt der Bauherr den **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Durch diese Bestimmung soll ein Druck auf die Bauunternehmer zur rechtzeitigen Rückzahlung des Kredits ausgeübt werden. Der Kredit darf nur als **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der Reichsarbeitsminister kann im Einvernehmen mit einem vom Reichsrat bestellten Ausschuss Wohnungstypen bezeichnen, für die diese Voraussetzungen besonders zutreffen. Im übrigen bleibt es den Ländern überlassen, zu bestimmen, welche Art der Bauvorhaben besonders zu fördern ist und wo und durch wen sie ausgeführt werden sollen.

Um die Baukosten niedrig zu halten, sollen die Gemeinden ferner Baugelände möglichst aus eigenem Besitz zur Verfügung stellen und bei Berechnung des Bodenpreises, der Anliegerbeiträge, Anschlußgebühren, Straßenbau-, Planungs- und Verwaltungskosten sich nicht von Gewinnabsichten leiten lassen. Durch entsprechende Niedrighaltung des Zinssatzes der Hauszinssteuerhypothek oder durch Zuschüsse aus Hauszinssteuermitteln soll von Ländern und Gemeinden der Zinssatz für die erste Hypothek und damit die Miete der Neubauten selbst erträglich gestaltet werden.

Der Bauherr hat den **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der zwischen der Anstalt und dem Bauherrn über die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der nominelle Zinssatz des hypothekarischen Darlehens darf den für die Bestellung maßgebenden Pfandbriefzinssatz nicht um mehr als 0,5 v. H. übersteigen. Durch diesen Aufschlag gelten sämtliche laufenden Verwaltungskosten der Kreditanstalt als abgegolten. Auch die bei Berechnung der baren Auszahlung von dem maßgebenden Pfandbriefkurs zulässigen Abzüge werden begrenzt. Dem Bauherrn soll ferner das Recht eingeräumt werden, das hypothekarische Darlehen nach Ablauf von zwei Jahren seit der Bestellung zu kündigen und ohne Aufgeld zurückzahlen. Die erste Hypothek darf in einem Bande einen Durchschnittssatz von 500 RM nicht übersteigen.

Die Verteilung der von dem einzelnen Lande angeforderten Mittel an die Realkreditanstalten erfolgt durch das zuständige Ministerium des Landes. Es ist zu erwarten, daß die Mittel in **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der Arbeitsmarkt.

Nach dem Bericht des Reichsarbeitsamtes im Reichsarbeitsblatt und auch nach den uns laufend zugehenden Berichten unserer Ortsbehörden, ist die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

In kleineren Orten, wo der Arbeiter durch **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der Zustand nach **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Für das Holz- und Schnitzstoffgewerbe lauten die Berichte **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Im Handwerk blieb der Beschäftigungsgrad **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Inbesondere der Auftragsbestand im Bau- und Möbelfach **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Es wird über die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der Absatz auf dem Schnittholzmarkt war im Berichtsmonat **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

weiterhin infolge mangelnder Belegung der **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

In der Sägewerkindustrie machte sich die mangelnde Belegung **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

des Bauwesens durch geringen Geschäftsgang bemerkbar. Die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

In der Möbelindustrie war der Geschäftsgang **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

weiterhin befriedigend. Der Absatz von fertigen Möbeln und Holzwaren **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Der **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Die Spielwarenindustrie behielt unverändert die allgemeine **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

schwierige Lage bei.

In der **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Industrie blieben die Arbeitsverhältnisse **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

verändert. Insbesondere klagen nach den Berichten der **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Nach den Berichten typischer Betriebe verminderte sich die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Zahl der Arbeitnehmer in schlecht beschäftigten Unternehmungen **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

in der **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Nach dem Bericht des Landesamtes Berlin, hat sich die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

Lage in der Berliner Holzindustrie **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

wesentlich verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter. In der **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

	Männl.	Weibl.
Zahl der in der Berichtswoche vorhandenen offenen Stellen	179	295
Davon zurückgezogen	36	43
Gesamtzahl der in der Berichtswoche erfolgten Vermittlungen	143	252
Davon Aushilfen	69	106
Gesamtzahl der am Berichtstage vorhandenen Arbeitsuchenden	15285	15575
Davon über 65 Jahre	1489	1535
Gesamtzahl der am Berichtstage vorhandenen Unterhaltungsbezieher	4987	4975

Am 10. April 1926 betrug die Zahl der arbeitslosen **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat, die **Wohnungsnot** hervorgerufen hat.

arbeiter in Berlin: 14 086 am 7. Juni 1926 15 932.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen, für uns nur zum Teil in Betracht kommenden Industrien.

In Schlesien hat sich im Waggonbau das Geschäft zum Teil etwas gehoben; es liegen hier auch ausländische Anfragen vor, bei den Verhandlungen mit den Interessenten machte sich aber starke ausländische Konkurrenz bemerkbar. Ähnlich wird aus dem Düsseldorf-Berliner Bezirk berichtet, daß die Waggonindustrie seit längerer Zeit wieder eine Reihe von Anfragen erhielt, die jedoch zu Ab- schlüssen noch nicht führten.

Die Lage im Schiffbau blieb im ganzen ungünstig. Die Arbeitsmarktlage ist nicht ganz einheitlich. Die Werftbetriebe in Rostock, Lübeck, Hamburg und Oldenburg stießen weiterhin Arbeitskräfte ab. Nach den Feststellungen der Landesarbeitsämter erfolgten nennenswerte Vermittlungen von Facharbeitern nur in Wilhelmshaven und vereinzelt in Hamburg. Auch in Regensburg besserten sich die Unterbringungsverhältnisse für Arbeitskräfte.

In der Kraftfahrzeugindustrie besserte sich der Auftragseingang, besonders an Personenkraftwagen in Berlin-Brandenburg. Der Bericht der H.-R. Berlin führt die Besserung in der Hauptsache auf die für den Absatz günstigere Jahreszeit zurück. Im Bezirk Frankfurt a. M. hat sich der Beschäftigungsgrad der Automobilfabriken im Vergleich zum Vormonat nur unwesentlich verändert; es wirkte sich aber wirtschaftlich vorteilhaft aus, daß die Roh- stoff- und Halbzeugindustrie infolge anhaltend schleppenden Geschäftsganges jetzt der Automobilindustrie bessere Preis- und Zahlungs- bedingungen zugestand.

Die Werkzeugmaschinen- und Textilmaschinenindustrie klagt nach den vorliegenden Berichten nach wie vor über Absatzschwierigkeiten. Nur aus Sachsen wird vereinzelt berichtet, daß sich eine Besserung anzubahnen scheint. Von einzelnen Nähmaschinenfabriken wird erhöhte Nachfrage im Vergleich zum Vormonat gemeldet. Allerdings ist der Absatz trotzdem um 40 v. H. geringer als im Vorjahr.

Auch die Lage der Landmaschinenindustrie ist im allgemeinen unverändert. Die Umsätze waren im Königsberger wie im Gölitzer Bezirk infolge des Geldmangels der Landkundschaft nur gering. Im Bezirk Frankfurt a. M. konnte die Geschäftstätigkeit im Mai zwar eine Belebung erfahren, doch hielt sie sich in ziemlich engen Grenzen. Die Umsätze blieben auch hier bescheiden, vogleich erheblicher Bedarf besteht. Im Export macht sich der Stichtand der Ausfuhr nach Ungarn bemerkbar. Als Kennzeichen für die Schwierigkeit des Geschäftes wird von Einzelberichten darauf hingewiesen, daß Zielgewinnung bis zu ein und zwei Jahren gefordert wird.

Die Bautätigkeit hat sich im Mai in geringem Umfange gehoben. Die Zahl der in Auftrag gegebenen Neubauten nahm zu, sie blieb aber gegenüber der entsprechenden Ziffer des Vorjahres wesentlich zurück. Zahlreiche Bauvorhaben konnten noch nicht durchgeführt werden, da erst die neuen Eingänge der Hauszinssteuer abgearbeitet werden müssen. In manchen Bezirken war sowohl für das Bauhandwerk, wie für die Nebengewerbe Geschäftsstille zu beobachten. Besser beschäftigt waren nur das Maler- und Steinsetzerhandwerk.

Im Hochbau handelte es sich fast ausschließlich um städtische und Siedlungsbauten, die in den letzten Wochen besonders in einigen Großstädten wie Berlin, Breslau, Dresden, Stuttgart, Hannover und Hamburg in Angriff genommen wurden. Für die private Bautätigkeit, die in normalen Zeiten die Grundlage des Baumarcktes bildet, kamen fast nur Umbauten in Frage.

Eine stärkere Belebung als im Hochbau war im Tiefbau zu verzeichnen, da sowohl Länder wie Kommunen eine größere Anzahl Aufträge vergeben haben.

Die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter nahm nach den Stichtagszählungen der wichtigeren Arbeitsnachweise bis zum 14. Mai gegenüber April um etwa 30 v. H. ab; es bestand aber in vielen Gegenden nur eine geringe Nachfrage nach Facharbeitern.

Die Gesamtbaukosten sind infolge Preisermäßigung einiger Baustoffe, besonders Ziegelsteine, weiter etwas gesunken.

Die geringe Besserung der Baumarcktlage wirkte sich nur wenig in den Beschäftigungsverhältnissen der Baustoffindustrien aus. Nur aus wenigen Bezirken, wie z. B. Ostpreußen, wurde eine Belebung des Baustoffmarktes gemeldet. Fast überall bestanden die Absatzschwierigkeiten fort. Es kam teilweise zu erheblichen Preisnachsätzen.

Mehr Fleischnahrung.

Der Gewerkschaftsring hat gemeinsam mit den Freien Gewerkschaften an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet, in welcher die Erhöhung der „Menge des zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches“ gefordert wird. Dem Reichs-

kanzler und dem Reichsarbeitsminister ist die Eingabe ebenfalls zur Kenntnisnahme zugegangen; sie lautet wie folgt:

„Nach dem Wortlaut des Gesetzes über die Zolländerungen in Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen“. Durch diese Bestimmung „im Rahmen der bisherigen Einfuhr“ war die Möglichkeit gegeben, diejenige Menge als Maßstab zugrunde zu legen, die in den letzten Monaten vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden war. Das Reichsernährungsministerium hat aber als Maßstab die geringere Menge des Jahres 1924 angenommen. Das Jahr 1924 sollte indes als Normaljahr nicht in Betracht gezogen werden, weil die Kaufkraft der Bevölkerung nach der Währungsstabilisierung noch bis weit in das Jahr hinein so geschwächt war, daß der Fleischkonsum im allgemeinen, besonders der Gefrierfleischkonsum für die minderbemittelte Bevölkerung nicht in einem für die Volkernährung notwendigen Ausmaße möglich war. War doch der Fleischverbrauch der Bevölkerung von über 50 Kilogramm pro Kopf im Jahre 1918 auf rund 30 Kilogramm im Jahre 1923 herabgesunken. Zwar ist der Fleischverbrauch im Jahre 1924 auf rund 42 Kilogramm gestiegen, während er 1925 bereits 47 Kilogramm betrug.

Nach dem Urteil der bekanntesten deutschen Physiologen, die in diesem Punkt völlig übereinstimmen, sollte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf ihre industrielle Betätigung ein Fleischverbrauch von mindestens 70 Kilogramm jährlich entfallen. Bekanntlich beträgt der Fleischverbrauch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf den Kopf der Bevölkerung über 80 Kilogramm. Die deutsche werktätige Bevölkerung hat also nur die halbe Fleischernährung gegenüber der Bevölkerung der Vereinigten Staaten.

Zum gesundheitlichen Wohle der deutschen Arbeitnehmerschaft richten daher die unterzeichneten Spitzenverbände an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Ersuchen, als Maßstab zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches die Menge zugrunde zu legen, die im letzten Vierteljahr vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden ist.

Wirtschaftliche Selbstverwaltung.

Die „Wirtschaftliche Selbstverwaltung“ ist das Mitteilungsblatt des Gewerkschaftsringes. Für Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute ist der Inhalt äußerst wichtig um über die Vorgänge auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik unterrichtet zu sein.

Der Bezugspreis beträgt pro Vierteljahr 45 Pfg.

Die WS. ist in der Postzeitungsliste vom 8. August 1920 eingetragen und kann bei jedem Postamt und Briefträger bestellt werden.

Für die Betriebsvertretung ist die WS. ein unentbehrliches Hilfsmittel in der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen.

Kollegen! Werbt für den Bezug Eures Organs in allen Versammlungen und Betrieben.

Die Schriftleitung.

Kollegen.

Zahlt Eure Beiträge pünktlich, damit ihr Euer Anrecht auf Unterstützung nicht verliert. Pünktliche Beitragszahlung in allen Kassen ist die erste Vorbedingung.

Die Beiträge sind fällig:

- für die 24. Beitragswoche vom 12. bis 18. Juni
- für die 25. Beitragswoche vom 19. bis 25. Juni
- für die 26. Beitragswoche vom 26. Juni bis 2. Juli
- für die 27. Beitragswoche vom 3. bis 9. Juli

Jedes Mitglied ist verpflichtet wöchentlich im Voraus einen Wochenbeitrag zu bezahlen.

Aufgabe des Kassierers ist es, immer vor dem 10. eines Monats die Abrechnung des letzten Monats und das Geld einzusenden; auch Teilgeldsendungen im Laufe des Monats. Der Vorsitzende hat darauf zu achten, daß dies geschehen ist.

Eine angemessene

Unterstützung

erhält künftig nur dasjenige Mitglied, das Beiträge entsprechend dem Stundenverdienst zahlt!